

Ebenen mit diesem Leitwort vertraut macht, kann Evangelisierung halten, was dieses anspruchsvolle Programm-Wort verspricht, kann die Vision der *Communio*-Kirche als Überlieferungs-, Erzähl- und Hoffnungsgemeinschaft auf den unterschiedlichen Ebenen „geerdet“ werden und gelingen.

## Theologie im Diskurs

ELKE MACK

### Besitzt Europa eine moralische Identität, die es integriert?

Ein politischer Essay

Angesichts aktueller Anfeindungen an die Europäische Union und an das westliche politische System wird untersucht, was die dominanten Ursachen für weltanschauliche Vorbehalte und politische Radikalisierungen in Teilen westlicher Gesellschaften sind. Gleichzeitig wird die Gegenbewegung analysiert, die trotz Kultur- und Sprachverschiedenheit eine gemeinsame westliche Geistesgeschichte, rechtsbasierte Interaktionskultur und rationale Verständigung zu haben scheint. Als Gründe der Verunsicherung werden Globalisierung, Ungleichheit, soziale Deprivation, Migration und analoge Probleme ausgemacht, die leicht in die politische Radikalisierung und Renationalisierung führen. Kosmopolitische Offenheit, Toleranz für Pluralismus und ein Sinn für universale Humanitätsansprüche hingegen sind auch für Europäer komplex und anfordernd, obwohl sie ihrer Moraltradition, die von Christentum und Aufklärung geprägt ist, entsprechen. Anhand dieser Ethiktradition wird gezeigt, dass die Idee der Humanität trotz aller Kritik und Gegenbewegung die eigentlich westliche und europäische Identität ausmacht. – Prof. Dr. Elke Mack ist Professorin für Christliche Sozialethik an der Theologischen Fakultät der Universität Erfurt. Ihre derzeitigen Schwerpunkte wissenschaftlicher Forschung sind: Politische Ethik, Migrationsethik und Globale Ethik. Neueste Veröffentlichungen: A Christian Theory of Justice, Baden-Baden 2017; Muss Barmherzigkeit grenzenlos sein? Humanität gegenüber Migranten als ethisches Dilemma, in: Theologie der Gegenwart 59 (3/2016), 173–188.

#### 1. Anfragen

Trotz des Bestehens der Europäischen Union ist die Anfrage heute berechtigt, ob die historischen politischen Ideen einer europäischen „Friedensordnung“ bzw. „eines europäischen Parlaments bzw. europäischer Staaten“ (William Penn 1691)<sup>1</sup>, eines europäischen „Bundes von Nationalstaaten“

<sup>1</sup> Vgl. William Penn, An Essay towards the Present and Future Peace in Europe by the Establishment of a European Dyet, Parliament or Estates, Washington D. C., 1921, 1–21. Penn spricht sogar direkt vom Europäischen Staat und Parlament (ebd. 6); Trevor Salmon / William Nicoll (Hg.), Building European Union. A

(Giuseppe Mazzini 1834)<sup>2</sup> und der „Vereinigten Staaten von Europa“ (Winston Churchill 1946)<sup>3</sup> wirklich realistisch sind oder eigentlich immer noch utopisch bleiben. Selbst wenn derartige Ideale bestehen bleiben, so stellt sich doch die Frage, ob der evolvierende europäische Integrationsgedanke einer „immer engeren Union der Völker Europas“<sup>4</sup> vor der entscheidenden historischen Phase steht. Denn lange nach einer friedlichen Phase, mit den Pariser Verträgen von 1951 beginnend, über die Römischen Verträge von 1957 bis hin zur Gründung der Europäischen Union im Vertrag von Maastricht 1992 und dem Vertrag von Lissabon 2007 ist die europäische Idee einer politischen Union zum ersten Mal wirklich in die Krise geraten. Dies ist nicht nur so, weil ein großer Staat in Kürze ausscheiden wird, sondern weil die Europäische Union von vielen Unionsbürgern und -bürgerinnen wirklich in ihrer Legitimation und in ihrer Nützlichkeit angefragt wird.

Die über tausend Jahre alte europäische Gemeinschaftsidee ist bereits im Jahr 732 in Spanien zum ersten Mal formuliert worden,<sup>5</sup> hat sich um das Jahr 800 mit Karl dem Großen und vor allem 962 mit Otto I. als *Haupt der Europäer* zur ersten Vereinigung im Heiligen Römischen Reich formiert, das jedoch als Vielvölkerstaat noch repressiv gegenüber Autonomiebestrebungen und noch in keiner Weise von einer freiheitlichen und friedlichen europäischen Idee beseelt war. Der sich bereits im frühen Mittelalter zu erkennen gebende Ansatz der Bildung einer europäischen Bewusstheit und einer *sui generis* Identität wurde noch maßgeblich von der Herrschaftsidee eines einheitlichen, wenn auch föderalen Kaisertums begleitet. „Einheitlichkeit“ bedeutete damals noch eine Vereinigung von Ländereien und Fürstentümern unter dem Haupt eines feudalen Herrschers, was mit moderner Freiheit, Gleichheit oder Mobilität einzelner Menschen nichts zu tun hatte.<sup>6</sup> Nach hunderten von Jahren fürstlicher, konfessioneller und nationalistischer Irrungen und einer historischen Phase der Nationalstaatlichkeit, die in menschenverachtenden Kämpfen, Kriegen und Totalitarismen in den zwei Weltkriegen ihren Höhepunkt fanden, ist seit 1957 erstmals eine fried-

<sup>2</sup> Vgl. Paul Lützeler, Die Schriftsteller und Europa. Von der Romantik bis zur Gegenwart, Baden-Baden 1998, 123–127.

<sup>3</sup> Vgl. Winston Churchills Rede „The Tragedy of Europe“ vor der Universität Zürich 1946: „The structure of the United States of Europe, if well and truly built, will be such as to make the material strength of a single state less important. Small nations will count as much as large ones and gain their honour by a contribution to the common cause.“ Vgl. <http://www.europa.clio-online.de/quelle/id/artikel-3393>. [abgerufen: 24.4.2017].

<sup>4</sup> Präambel des Vertrages von Lissabon, Brüssel 2007.

<sup>5</sup> Vgl. Peter Burke, Did Europe Exist Before 1700?, in: History of European Ideas 1 (1980), 21–29, bes. 22–25. Das Wort „Europenses“ taucht bereits in einer spanischen Quelle aus dem 8. Jh. auf. Unter der Heeresführung von Karl Martell in der Schlacht bei Tours 732 standen die „Europäer“ – „Europenses“ – den Sarazenen – „Saracenorum“ – Arabern gegenüber: vgl. Isidori Iunioris episcopi Hispalensis, Historia Gothorum, Wandalorum, Sueborum, ad. a. DCXXIV, Continuatio Hispana, in: Theodorus Mommsen (Hg.), Monumenta Germaniae Historica, AA XI, Berlin 1894, 362.

liche, kooperative demokratische Union von gleichberechtigten europäischen Staaten entstanden.<sup>7</sup> Erst in der Mitte des 20. Jahrhunderts fingen die politischen Vertreter europäischer Nationalstaaten an, eine mögliche Vereinigung Europas nicht mehr in der Kategorie der hegemonialen Vorherrschaft zu begreifen und sie nicht mehr im Gegensatz zu staatlicher Souveränität zu sehen. Vielmehr entwickelte sich die völkerrechtliche Idee, mit dem Zusammenschluss der europäischen Staaten eine transnationale Körperschaft eigenen Rechts zu schaffen, um dauerhaft den Frieden zu sichern und Wohlstand für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

Seit 2016 stellt sich jedoch die historische Frage: Haben wir es nur mit einer „geopolitischen Rezession“ (David Lipton, IWF 2017) zu tun oder mit der grundsätzlichen Rückentwicklung des Westens hin zu kleineren Einheiten wie den Nationen, den Völkern und den sich selbst vergewissernden Kulturräumen? Ganz einfach: Ist den Menschen die Pluralität und Globalität zu viel, weil sie sich nur in kleinen, überschaubaren Einheiten zu Hause fühlen? Diese Fragen haben heute mehr denn je ihre Berechtigung und ihren politischen Anlass. Es lohnt sich, sie auch einer ethischen Reflexion zu unterziehen.

## 2. Kampf der Weltanschauungen

Was ist in jüngster Zeit geschehen? Rechtsradikale Gedanken, Ausländerhass, Nationalismus und Diskriminierungen aufgrund von Religion und Nationalität sind Phänomene, die von vielen Intellektuellen der Gegenwart in rechtsstaatlichen Demokratien für überholt gehalten wurden. Weiterhin sind heftige Anfeindungen gegen Freihandel und globale wirtschaftliche wie kulturelle Offenheit bei US-Amerikanern sowie Europäern genauso verbreitet (Globalisierungsgegner, TTIP, CETA usw.) wie die Meinung, dass der politische Zusammenschluss Europas für die Bürgerinnen und Bürger eines Staates mehr nachteilig als nützlich sei. Ob der Westen zerbricht und das Zeitalter der liberalen Offenheit der westlichen Welt nicht nur in den USA, sondern auch in Europa an ein Ende kommt, fragen sich deshalb viele Zeitgenossen.

Vor dem Hintergrund ihrer überwiegend christlichen Kultur- und Religionsgeschichte<sup>8</sup>, ihrer gemeinsamen ethischen Aufklärung und mit ihrem

<sup>7</sup> Vgl. Hans-Jürgen Wagoner / Thomas Eger, Europäische Integration. Wirtschaft und Recht, Geschichte und Politik, München 2014, 31–70.

<sup>8</sup> Auch wenn das lateinische Christentum nach Aussagen von Historikern (vgl. Ernst August Winkler, Geschichte des Westens in fünf Bänden, München 2009–2015, vor allem Bd. 1) prägend für die Identitätsbildung Europas war, müssen wir heute davon ausgehen, dass die christliche Religion angesichts von Individualisierung, Pluralisierung und Säkularisierung an Binde- und Integrationskraft in der westlichen Welt erheblich verloren hat. Winkler, Geschichte des Westens, Bd. 1, S. 10–11.

Bekenntnis zur rechtsethischen Gleichheit aller Individuen fordert die westliche und damit primär europäische Zivilisation von ihren Mitgliedern Toleranz für Pluralismus, eine gewisse kosmopolitische Offenheit und einen universalen Humanitätsanspruch gegenüber allen Menschen dieser Erde. Angesichts dieser hohen Maßgabe der zivilen westlichen Moral für jeden Einzelnen und jede Einzelne stellt sich eine berechnete Frage der praktischen Ethik: *Überfordert sich die westliche Zivilisation mit ihrer universalen humanitären Moral in Zeiten der Globalisierung selbst?* Noch weitaus tiefergehend ist deshalb die geistesgeschichtliche Kernfrage unserer Gegenwart, ob das Bekenntnis zu universalen Werten und verallgemeinerbaren, kulturübergreifenden Normen, die auf europäischem und kleinasiatischem Boden zum ersten Mal gedacht wurden,<sup>9</sup> im Wettbewerb der Weltanschauungen und Religionen überleben wird.

Ein Teil der Bürger westlicher Demokratien scheint das eigentliche „normative Projekt des Westens, nämlich Menschenrechte, Minderheitenschutz, Rechtsstaatlichkeit“<sup>10</sup>, verbunden mit einer grundsätzlichen friedlichen Offenheit gegenüber der nicht-westlichen Welt, aus dem Blick zu verlieren oder die genannten politischen Werte umzudeuten und nicht mehr kosmopolitisch, sondern nur partikulär verstehen zu wollen. Die faktische Begrenztheit der fiskalischen Ressourcen eines Staates bietet ein wesentliches Argument dafür, dass materielle und moralische Werte nur kommunal oder republikanisch rekonstruiert und garantiert werden sollen. Humanität und soziale Gerechtigkeit gelten als knappes Gut, das nur ein begrenzter Sozialstaat gegenüber einer einheimischen Bevölkerung zu garantieren vermag. Humanität und soziale Gerechtigkeit scheinen unter Knappheitsbedingungen zu stehen, da die klassische Bürgerschaft mit Ausländern bzw. Zuwanderern konkurriert. Insbesondere die nun ansteigende Migration aus Afrika und dem arabischen Raum verschärft die Abgrenzungsbestrebungen und Ängste vieler Menschen in europäischen Wohlfahrts- und Industriestaaten.

Historisch ist die christliche und auch philosophische Ethiktheorie jedoch universal ausgerichtet. Das Ideal von einer immer fortschreitenden Humanisierung von Gesellschaften wurde seit der Aufklärung mit dem Theorem von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ und in der christlichen Ethik mit Prinzipien der Würde der Person, der Solidarität unter den Menschen und der Gerechtigkeit gegenüber allen allgemeingültig formuliert. Vor diesem ethischen Hintergrund war, nach einem Zeitalter der destruktiven

<sup>9</sup> Vgl. das Alte Testament mit den Büchern Levitikus und Deuteronomium, die griechische Stoa mit ihrer Idee der Gleichheit aller Menschen sowie zuvor schon die Vorsokratiker; noch viel mehr natürlich hat das Christentum die Idee der Allgemeinheit und Universalität der Menschenwürde begründet, initiiert und tradiert.

<sup>10</sup> Ernst Auerist Winkler im Interview: <http://www.ksta.de/25633494> ©2017 | Telefon: 72 20171 | Vol

Nationalstaatlichkeit in Europa, die Entwicklung friedfertiger demokratischer Rechtsstaaten ethisch folgerichtig und anschlussfähig an Werte der Universalität, was impliziert, dass alle Bürgerinnen und Bürger als Souveräne des Staates mitbestimmen und gleichermaßen Rechtsschutz genießen. Moralpragmatisch sind die rechtsethischen Werte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität besonders nach dem Zweiten Weltkrieg für die Rechtsstaaten aller westlichen Demokratien maßgeblich. Sie wurden nach der Wende 1989 im Zuge der Demokratisierung auch in die Verfassungen vieler, ehemals sozialistischer, osteuropäischer Länder übernommen.<sup>11</sup>

Die überwiegende Mehrheit der Menschen in der westlichen Welt ging bis vor Kurzem auch davon aus, dass der humanitäre Fortschritt im Sinne der Menschenrechte – über die eigenen staatlichen Grenzen hinaus – weitergehen müsse und dass diese moralische und globale Aufgabe stark in der Verantwortung der westlichen zivilen, liberalen und sozialen Rechtsstaaten liege.

Nach einer längeren Phase der westlichen Führung durch die USA steht nun Europa im Fokus, das sich seit der Antike als heterogener, aber kulturell verwandter Kontinent entwickelt hat. Mit der Wende von 1989 und der Demokratisierung ehemals sozialistischer Staaten erschien sich zunächst historisch das zu erfüllen, was Edmund Husserl bereits 1937 gegen den damaligen Zeitgeist konstatiert hat:

„Die europäischen Nationen mögen noch so sehr verfeindet sein, sie haben doch eine besondere innere Verwandtschaft im Geiste durch sie alle hindurchgehend, die nationale Differenzierung übergreifend.“<sup>12</sup>

Er stellte die Verwandtschaft in den Zusammenhang mit einer europäischen Geschwisterlichkeit und bestätigte damit das, was Europäer erfahren, wenn sie längere Zeit außerhalb des Kontinentes leben: eine ähnliche und verwandte Interaktions-, Verhaltens- und Reflexionskultur trotz unterschiedlicher Muttersprachen, das analoge Herangehen an Probleme, nämlich sachorientierte Auseinandersetzungen untereinander, eine selbstverständliche Akzeptanz von Heterogenität und Pluralismus, eine gemeinsame Einigung auf Rationalität als Basis humaner Interaktion, Menschenrechte als unveräußerliches und nicht hintergebares ethisches Erbe, das nicht mehr unterboten werden kann, die Achtung der Geschichte und Religion der jeweils anderen – also ein bitter erworbenes und historisch ererb-

<sup>11</sup> Selbstverständlich besitzen diese osteuropäischen Länder selbst ein jahrhundertealtes christliches Erbe und waren maßgeblich an der Aufklärung beteiligt, sodass die Demokratisierung nach 1989 kein Fremdeinfluss war, sondern ein Anknüpfen an eigene geistesgeschichtliche Wurzeln, die allen Europäern gemeinsam sind.

tes Bewusstsein für notwendige Toleranz und gewaltfreie Akzeptanz des jeweiligen personalen Gegenübers.<sup>13</sup>

Diese europäische Idee wird zu Beginn des 21. Jahrhunderts zum ersten Mal in der Geschichte Europas sogar von vielen gelebt,<sup>14</sup> nämlich durch eine in der Kulturgeschichte Europas einzigartige junge, weltoffene Generation gebildeter Europäer und Europäerinnen, die moderne Generation der Zwei- und Mehrsprachigen, der Globetrotter, der Erasmus- und Sokratesstudierenden, der selbstverständlichen Kosmopoliten – auch wenn sich die Begegnung nur auf kurze Aufenthalte in der anderen Kultur oder Arbeitswelt erstreckt; eine Generation von Europäerinnen und Europäern, welche Weltprobleme wie Nachhaltigkeit, Klimawandel, Humanität und die Bekämpfung von Armut und Not zum Mittelpunkt ihrer Lebensphilosophie gemacht hat.<sup>15</sup> Die Mehrheit dieser gebildeten und mobilen westlichen Generation scheint *das europäische Projekt einer zivilen Moral der Toleranz und globalen Verantwortung* – trotz aller kulturellen Pluralität ihrer selbst – verinnerlicht zu haben.<sup>16</sup> Denn diese neue europäische Generation findet ihre soziale Identität nicht mehr allein über die Integration in eine nationale Kultur und Sprache oder über die Identifikation mit einer homogenen Volksgruppe, einer Glaubensgemeinschaft oder gar nur der eigenen Familie, sondern hat kosmopolitische, normative Visionen und humane Lebensphilosophien über die eigenen Grenzen hinaus und sichert hierin nicht nur materielle, sondern vor allem ideelle Güter und universale Werte. Dem steht allerdings auch in Europa die Renaissance eines nationalistischen Republikanismus in älteren Generationen und bei einer Minderheit von Jüngeren gegenüber, denen nationales Eigeninteresse und die Maximierung der Interessen der einheimischen Bevölkerung wichtiger erscheinen als die Orientierung an einer universalen oder zumindest an einer mit den Interessen anderer kongruenten Werteorientierung von Politik und Wirtschaft. Das Thema der *Humanisierung der Menschheit* scheint von der Agenda mancher gegenwärtiger demokratischer Parteien genommen und allein den christlichen Kirchen noch ein Anliegen zu sein bzw. ein politisches Anliegen einer Minderheit kosmopolitisch denkender, liberaler Einzelpersonlichkeiten, Politiker und Parteien. Die westlichen Gesellschaften sind folglich weltanschaulich gespalten.

<sup>13</sup> Vgl. Christof Mandry, *Europa als Wertegemeinschaft. Eine theologisch-ethische Studie zum politischen Selbstverständnis der Europäischen Union*, Baden-Baden 2009, 18, 99, 189, 193, 231.

<sup>14</sup> In früheren Jahrhunderten war die Mobilität zwischen den Kulturen, Ländern und Staaten Europas nur wohlhabenden Eliten, ja sogar Ständen, vorbehalten.

<sup>15</sup> Saskia Nastasja Dresler, *Aufbruch zum Weltbürgertum?*, in: Ursula Männle (Hg.), *2030 – Wo steht dann meine Generation?* (Förderpreis für Politische Publizistik HSS 2014/2015), München 2015, 97–

Manche demokratisch gewählten Regierungschefs sind sogar bereit, die bislang sicher geglaubten westlichen Konventionen des Respekts vor dem politischen Gegner, einer an Recht orientierten, minimalen Moralität und der Selbstverpflichtung, sich an Fakten zu orientieren, aufzugeben zugunsten populärer Versprechungen und der Maximierung ihrer Interessen im Sinne ihrer nationalen Wählerschaft und der Machtgewinnung um jeden Preis. Jenseits des Atlantiks wurde am 9. November 2016 ein Präsident gewählt, der sich bewusst von einer universalen Moral absetzt, ausländerfeindliche und rein nationalistische Wahlversprechen machte, soziale Netzwerke mit Falschmeldungen speisen ließ und Rufmord an seiner Konkurrentin verübte. Diesseits des Atlantiks wählten Engländer mehrheitlich die Abkoppelung von dem freiheitlich transnationalen Projekt der Europäischen Union, weil sie in der gleichrangigen Abstimmung mit anderen europäischen Nationen erhebliche Nachteile für sich selbst erkennen und die Einwanderung von anderen Europäern als für sich bedrohlich ansehen. Bei allen rechtskonservativen Politikkonzepten der Parteien Europas steht die republikanische Position dahinter, dass der klassische Nationalstaat die Interessen seiner Bürger besser vertreten könne als ein Bund gleichgesinnter, liberaler demokratischer Staaten bzw. eine transnationale Union. Die handelnden Akteure und die analogen Argumente zeugen von einem *Republikanismus der nationalen Überlegenheit*, einem alten „statism“, in dem bewusst oder unbewusst übersehen wird, dass globale Probleme – wie Klimawandel und existentielle Armut, Not und Unterdrückung von Menschen – so groß sind, dass sie selbst unter einer Koalition wirtschaftlich sehr starker, westlicher Industriestaaten gemeinsam kaum zu lösen sind. Hierzu wäre eine Kooperation weit über den Westen hinaus mit den wirtschaftlich erstarkenden Schwellenländern und den bevölkerungsreichen Entwicklungsländern erforderlich.

### 3. Gründe der Verunsicherung

Ein Grund des Rechtsrucks in Europa und in den USA liegt jedoch nicht darin, dass die Weltwirtschaft in einer Rezession begriffen ist und deshalb Notstand in der westlichen Welt herrscht. Man kann von einem Paradoxon eines weltweit einzigartigen westlichen Wohlstandes und wirtschaftlichen Wachstums und langjährigen Friedens sprechen.<sup>17</sup> Der eigentliche Grund für die Flucht in Nationalismen ist, dass es trotz guter makroökonomischer Werte *ein Bewusstsein für und die Angst vor Ungleichheit und Pluralismus* gibt. Den Menschen wird bewusst, dass es eine erhebliche gesellschaftliche Spaltung zwischen „relativ“ Armen und Reichen in Wohlstandsgesellschaften,

global Wettbewerbsfähigen gibt. Analog führt das zu einer Kluft zwischen wiedererstarteten Nationalisten und jungen Kosmopoliten bzw. Europäern, zwischen den vielen, eher der nationalen Tradition verhafteten Alten und zu wenigen weltoffenen, politisch interessierten und angstfreien Jungen. Die Trennung liegt zwischen denjenigen, die keine Bedenken vor einer weiteren Öffnung ihrer eigenen Gesellschaft und fortschreitender Globalisierung ihrer Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft haben, und denjenigen, die die Offenheit westlicher Gesellschaften und den globalen Wettbewerb mit anderen Nationen als Bedrohung ihrer eigenen Existenz ansehen. Erstere sehen die Chancen eines immer weiteren Zusammenwachsens der Welt unter den Vorzeichen von fairer und nachhaltiger Marktwirtschaft ebenso wie kooperierenden rechtsstaatlichen Demokratien, wohingegen Letztere relativ geschlossene Volkswirtschaften, Nationalstaaten und homogene Gesellschaften mit eindeutig privilegierten Ethnien bzw. Leitkulturen bevorzugen.

Westliche Gesellschaften scheiden sich darüber hinaus an der Trennlinie derer, die globale sozialwissenschaftliche Zusammenhänge sehen und dabei erkennen, dass es durch den Vernetzungsgrad der Welt kaum mehr möglich ist, sich wirtschaftlich, kulturell, politisch und sozial abzuschotten, ohne gerade den weniger Begünstigten in der eigenen Gesellschaft nachhaltig zu schaden. Auf der anderen Seite der Gesellschaft steht eine unheilige Allianz von wenigen privilegierten Traditionalisten und vielen unterprivilegierten Geringqualifizierten, die beide aus unterschiedlichen Gründen das Rad der Geschichte in Richtung Nationalismus zurückdrehen möchten und dabei weit über das hinausgehen, was unter gemäßigter konservativ-demokratischer Politik zu verstehen ist. Die neue Rechte will den ethnisch homogenen Nationalstaat mit eindeutigen Privilegien für Inländer, einen beschränkten wirtschaftlichen Wettbewerb mit Bevorzugung der nationalen Volkswirtschaft sowie eine Abwendung von der Globalisierung – im Sinne eines wirtschaftspolitischen Protektionismus und politischen Interventionismus.

Eine Rückerinnerung an die Zeiten der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts ist diesmal erlaubt, weil die Situation in Teilen eine analoge ist. Nach der Weltwirtschaftskrise 1929 wurden nach dem Zusammenbruch des Weltwirtschaftssystems vom US-amerikanischen Präsidenten Herbert Hoover Handelshemmnisse und Zölle durch die USA initiiert und auch im Nachkriegseuropa kopiert, die zu Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Stagnation führten.<sup>18</sup> Die globale Öffnung und wirtschaftspolitische Interdependenz der Jahre vor dem Ersten Weltkrieg gingen nicht nur durch den Ersten Weltkrieg verloren, sondern wurden vor allem danach wirtschafts-

<sup>18</sup> Vgl. Barrv Eichengreen / Peter Temin, *The Gold Standard and the Great Depression*, in: *Contemporary*

politisch noch einmal revidiert. Das Ergebnis waren Not, Massenarbeitslosigkeit, Hyperinflation, Überschuldung von Staaten und Haushalten, sodass eine durch Hitler konsequent verfolgte Kriegswirtschaft und internationale Abkoppelung von vielen Menschen als Lösung ihrer Probleme angesehen wurde. Auch damals begann das Zeitalter der nationalen Rückbesinnung durch die Ausgrenzung der Angehörigen einer Religionsgruppe, nämlich der Juden. In den heutigen USA sind es die Muslime unter dem Vorwand der Terrorabwehr. Die Analogie von Antisemitismus und einer undifferenzierten Islamfeindlichkeit ist beunruhigend und ganz gegen die Grundsätze einer universalen Moral gerichtet.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist – 2008 anders als 1929 – zunächst erfolgreich ein Zusammenbruch der Weltwirtschaft mit der sicheren Folge einer Jahrzehnte dauernden Weltwirtschaftskrise abgewendet worden. Allerdings sind die sozialen Nachwirkungen der abgeschwächten Krise im Jahr 2017 noch zu spüren, vor allem in Form der Eurokrise und der finanzwirtschaftlichen Krise Südeuropas. Auch hier gibt es große Gruppen von Verlierern innerhalb der Bevölkerung, die ihre Situation, ebenso wie den Rückgang von Reallöhnen, fälschlicherweise allein auf die Globalisierung, die europäische Einigung oder die multikulturelle Pluralisierung ihrer Gesellschaften zurückführen.<sup>19</sup> Richtig daran ist, dass wenig Qualifizierte in der klassischen Industrieproduktion gegen Menschen, die in Asien für Billiglöhne arbeiten, nicht konkurrenzfähig sind. Gering qualifizierte Arbeiten werden in der industriellen Produktion in andere Teile der Welt verlagert, wobei Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich oder in neuen Technologien wie der digitalen Wirtschaft nicht im selben Maße Alternativen bieten oder nur Hochqualifizierten – unabhängig von ihrer Nationalität – zugänglich sind. Diese Polarisierung zwischen international Wettbewerbsfähigen und niedrig bezahlten Nominallohnempfängern bzw. potentiell exkludierten prekär Beschäftigten wird durch die zukünftige Digitalisierung der Wirtschaft und die weiter fortschreitende De-Industrialisierung westlicher Industriestaaten eher noch zunehmen. Neben einer Stärkung der Tarifautonomie lässt sich nur über eine sekundäre sozialpolitische Verteilung durch den Staat die wirtschaftliche Partizipation ärmerer Milieus am Wohlstand einer Nation herstellen.

<sup>19</sup> Vgl. Johan Norberg, *In Defense of Global Capitalism*, in: J. Timmons Roberts / Amy Bellone Hite / Nitsan Chorev (Hg.), *The Globalization and Development Reader. Perspectives on Development and Global Change*, Oxford 2015, 248–261; John Tomlinson, *Vicious and Benign Universalism*, in: Frans J.

#### 4. Chancen und Bürden der Globalisierung

Im Gegenzug zu Problemen mangelnder Inklusion von weniger Qualifizierten in Gesellschaften des Westens entstand seit der letzten Globalisierung im ausgehenden 20. Jahrhundert in vielen Teilen der westlichen Welt – analog zu nichtwestlichen Schwellenländern – ein erheblicher Wohlstand. Es wurde darüber hinaus in den vergangenen Jahrzehnten in Entwicklungs- und Schwellenländern die krasse, überlebensbedrohliche Armut ohne Vergleiche in der Geschichte der Menschheit weltweit auf rund 10 % der Weltbevölkerung reduziert<sup>20</sup>, wobei jedes aufgrund von Hunger, Durst, Armut und vermeidbarer Krankheiten sterbende Kind eines zu viel ist.<sup>21</sup> Die Globalisierung ist für den Rest der Welt (abgesehen von Afrika südlich der Sahara) ein unvergleichliches Entwicklungsprogramm, das nach Prognosen der Weltbank bei weiterhin fortschreitender Vernetzung der Weltwirtschaft sogar in der Mitte des 21. Jahrhunderts zum Verschwinden absoluter Armut führen könnte.<sup>22</sup> Im gleichen Zug profitiert über die Wertschöpfungsketten die ganze westliche Welt erheblich durch die geringeren Faktorpreise in der Herstellung vieler Produkte und durch die internationale Arbeitsteilung, obwohl im Strukturwandel auch klassische Industriearbeitsplätze verlorengegangen sind. Diese wurden jedoch durch neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze aufgewogen, die 2016 beispielsweise in Deutschland in noch nie dagewesener Höhe, nämlich über 30 Millionen, vorhanden sind.

Dennoch gibt es ein nicht zu leugnendes soziales Problem in der westlichen Welt: Trotz einer kontinuierlichen Hebung des volkswirtschaftlichen Durchschnittseinkommens, das über gewisse Umverteilungsmechanismen, wie die Bereitstellung von öffentlichen und meritokratischen Gütern, allen zugutekommt, gewinnen hochqualifizierte Teile der Bevölkerung überproportional über ihre eigenen Arbeits-, Gewerbe- und Kapitaleinkommen, also die wirtschaftlich erfolgreichen Bevölkerungsgruppen. Weniger Qualifizierte haben deshalb den Eindruck, dass sie in der Globalisierung eher verlieren als gewinnen. Sie kalkulieren hierbei nicht das enorme Wachstum der sich globalisierenden Volkswirtschaften in den vergangenen Jahrzehnten mit ein.

<sup>20</sup> Vgl. Max Roser, Our World in Data (<https://ourworldindata.org/extreme-poverty/>) [abgerufen: 20.2.2017].

<sup>21</sup> Die globale Kindersterblichkeit fiel von 18,2 % 1960 auf 4,3 % 2015; auch wenn 4,3 % immer noch deutlich zu hoch ist, ist das ein substantieller Fortschritt. Vgl. Max Roser, Our World in Data, Oxford (<https://ourworldindata.org/child-mortality/>) [abgerufen: 20.2.2017].

<sup>22</sup> Die Weltbank stellt schon seit Längerem und vor allem mit ihren *Sustainable Development Goals* in Aussicht, dass die extreme Armut im Jahr 2030 beendet werden könnte (vgl. <http://www.worldbank.org/en/publication/global-monitoring-report/monitoring-global-development-prospects>) [abgerufen: 20.2.2017];

Generell lässt sich sagen, dass dann spürbare Verbesserungen der Lebenssituation bei ärmeren Schichten in der Folge der Globalisierung eintreten, wenn demokratische Staaten ihre eigentliche Aufgabe darin sehen, seriöse Politik *für alle* Bürgerinnen und Bürger zu betreiben, und Unternehmen, beispielsweise über eine machtbalancierte Tarifautonomie, dazu anreizen, an ihren Gewinnen *alle* ihre Arbeitnehmer bzw. Stakeholder in ausreichendem Maße teilhaben zu lassen – nicht nur die Aktionäre und das obere Management. Wenn also die Herstellung öffentlicher und meritokratischer Güter und die sozialpolitische Absicherung für Notlagen von Menschen zum politischen Programm gehört und wenn Produktivitätssteigerungen an die Beschäftigten durchgereicht werden, kann man von nachhaltigen „Trickle-Down-Effekten“ auch in sozialer Hinsicht ausgehen, sodass gezielt *alle* Bürgerinnen und Bürger eines Landes am Mehrwert und am Wohlstand einer Volkswirtschaft beteiligt werden. Dies geschieht in unvergleichlicher Weise in Staaten mit starken Sozialsystemen wie in skandinavischen Ländern, aber auch in Deutschland, einem Land mit einem der stärksten Sozialsysteme weltweit. Gerade in skandinavischen Ländern sind, nicht überraschend, die Menschen mit ihrem Staat auch am meisten zufrieden.<sup>23</sup> Ein Grund hierfür ist, dass die relative ökonomische Gleichheit bei gleichzeitiger persönlicher Freiheit und sozialer Sicherheit sowie ausreichender Rechtssicherheit hoch ist und trotz Individualisierung ein ausgesprochener Gemeinschafts- und Familiensinn auf allen Ebenen gepflegt wird.

Die politische Herausforderung, eine solche Situation der Zufriedenheit der Bevölkerung zu erreichen, ist allerdings nicht mehr so einfach wie in Zeiten des industriellen Wirtschaftswunders der westlichen Welt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Um das Wohlstandsniveau heute bei allen Menschen zu heben, gibt es keine Alternative zur sozialen, jedoch freiheitlichen Marktwirtschaft mit internationaler Offenheit und zu einem starken, solidarischen Sozialstaat, der verteilende und ausgleichende Wirkung hat. Es bedarf nämlich erheblich intensiverer Bildungs- und Umschulungsanstrengungen im unteren Sektor der Gesellschaft, um die internationale Arbeitsteilung zu kompensieren. Darüber hinaus wollen Menschen nicht nur in Europa sichere soziale Netze, die wirklich eine Ausfallbürgschaft bei Krankheit, Arbeitsverlust und sozialen Notlagen bieten, sodass vor allem die weniger Begünstigten eine Chance auf Partizipation und Inklusion haben. Die Förderung der weniger Leistungsstarken lässt sich nicht allein über höheres Wirtschaftswachstum generieren, wenn die soziale

<sup>23</sup> Vgl. World Happiness Report 2015: 1. Schweiz (7.587) 2. Island (7.561) 3. Dänemark (7.527) 4. Norwegen (7.522) 5. Kanada (7.427) 6. Finnland (7.406) 7. Niederlande (7.378) 8. Schweden (7.364) 9. Neuseeland (7.286) 10. Australien (7.284) (<http://worldhappinessreport.com>)

Ausfallbürgerschaft für die Notleidenden fehlt – ein Trugschluss, dem fast die ganze angelsächsische Welt mehrheitlich verfällt.<sup>24</sup>

Wirtschaftsethisch und sozialpolitisch ist sowohl die Überentwicklung von Sozialstaaten ein gravierendes Problem als auch deren Erosion oder Unterentwicklung. Wenn in westlichen Gesellschaften demokratische Politik Verschuldungs- und Währungskrisen produziert (Südeuropa), Struktur-reformen verschleppt (Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland ...) oder Politik einem liberalistischen marktwirtschaftlichen Wettbewerb ohne soziale Abfederung freie Hand lässt (Großbritannien und USA), dann wird Politik auf Kosten nachfolgender Generationen gemacht. Osteuropa ist hier ein Sonderfall, weil Wohlstandsprozesse gerade erst seit den 90er Jahren beginnen (Polen, Tschechien, Bulgarien, Rumänien ...) und sehr junge Demokratien sowie Parteien erst mit Mühe und mit Rückschlägen die rechtsstaatlichen Institutionen und deren Rechtsprinzipien aufbauen müssen, die anderswo im Westen seit Langem existieren und dort selbstverständlich geworden sind.

Die soziale Unzufriedenheit relevanter Minderheiten in der westlichen Welt, die über die Repräsentanz rechter Parteien schnell zu Mehrheiten mutieren, führt zu systemkritischen Wahlergebnissen, die das offene liberale westliche Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell infrage stellen. Radikale nationalistische Einfach- und Scheinlösungen geben den Menschen falsche Hoffnungen auf eigenen Aufstieg und zeichnen eine idealisierte Vergangenheit des Industriezeitalters und der Zeit geschlossener Nationalstaaten, ohne zu sagen, wie niedrig das Wohlstandsniveau damals im Vergleich zu heute war. Populisten und Nationalisten nutzen diese retrospektiven Idealfolien mit kontraproduktiven bzw. schädigenden Auswirkungen gerade zum langfristigen Schaden für die Wählergruppen, die ihnen Glauben schenken.

Allerdings wurden auch in Europa viele Politikfehler gemacht, die unverzeihlich sind. Es ist ernsthaft die Frage zu stellen, ob die politische Duldung einer Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 50 % in Südeuropa<sup>25</sup> ohne eine gemeinsame europäische offensive und konzertierte Bildungs- und Investitionspolitik nicht nachhaltige Verwerfungen dieser verlorenen Generation gegenüber den demokratischen Systemen in Südeuropa und gegenüber der Europäischen Union bringen wird. Es läge im langfristigen Eigeninteresse der automatisch mithaftenden reichen Euroländer, nicht nur auf Austerität und Struktur-reformen in Südeuropa zu achten, sondern

<sup>24</sup> Insofern sind die politischen Wahlergebnisse für protektionistische Wahlprogramme in den USA und in Großbritannien im Jahr 2016, die besonders durch diejenigen herbeigeführt wurden, die an der Primärverteilung nicht ausreichend partizipieren, nicht verwunderlich.

<sup>25</sup> Vgl. <http://www.boh.de/politik/hintergrund-aktuell/225124/jugendarbeitslosigkeit-in-europa>; <https://>

auch für die davon existentiell betroffenen Menschen durch überbrückende staatliche Investitionsprogramme zu sorgen. Denn nicht nur Globalisierung ist politisch gestaltbar, vielmehr ist auch die Solidarität der europäischen Staaten untereinander ausbaubar. Beides dient dem Wohl aller Betroffenen und dem Erhalt von demokratischen Rechtsstaaten.

## 5. Migration und soziale Deprivation im Westen und Osten

Negative politische Erfahrungen in den Neuen Bundesländern nach 1989, in denen jahrelang eine Arbeitslosenquote von über 20 % geduldet wurde, sodass viele Menschen die deutsche Einheit nicht wirklich als Gewinn für ihr persönliches Leben erfahren haben, führten nach 2008 dazu, dass in Teilen der Neuen Bundesländer rechte oder linke Parteien zeitweise zusammen über ein Drittel der Bevölkerung gewinnen konnten und noch können. Viele ältere und sozial bedrängte Menschen im deutschen Osten sind nach der Wende nicht vom Vorteil eines freiheitlichen, offenen Systems überzeugt worden, weil sie für sich selbst Unsicherheit und Enttäuschungen erfahren haben, sodass sie jede Art von Neubürgern, Migranten und Flüchtlingen aus anderen Ländern mit einer anderer Kultur oder einer intensiv gelebten Religiosität als Bedrohung ihrer selbst werten.

Die extreme Befürchtung der Überfremdung durch die Einwanderung von asylsuchenden Flüchtlingen oder Migranten – auch in den östlichen europäischen Staaten – ist nur vor diesem sozialen Hintergrund zu verstehen. Für Deutschland lässt sich hier ein deutlicher West-Ost-Unterschied erkennen. Die Generation der ehemaligen DDR-Bürger hatte keine positiven Erfahrungen von Multikulturalität, die die westlichen Bundesländer schon seit der alliierten Besatzungszeit durch die Westmächte und vor allem seit der ersten Gastarbeiterwelle in den späten 60er Jahren des 20. Jahrhunderts gemacht haben. Es wäre eine existentielle Bedrohung für das europäische Aufklärungs- und Integrationsprojekt, wenn nun ganz andere, negative Frustrationserlebnisse mit der neuen Immigrationswelle im Zuge des Syrienkrieges und der Destabilisierung Nordafrikas zu einer nationalistischen Rückwendung führen würden. Insofern besteht eine gesellschaftliche Notwendigkeit im Sinne langfristiger gesellschaftlicher Friedenssicherung, die soziale Integration der Fluchtsuchenden und legitimer Migranten für alle Beteiligten positiv und erfolgreich zu gestalten.

Insbesondere wenn eigene Entbehrungen in bestimmten Milieus existieren, reduziert sich bei der einheimischen Bevölkerung die Bereitschaft zur Integration vermeintlich Fremder überproportional, zumal die neue Konkurrenz als bedrohlich für die eigene Existenz empfunden wird. Eigene vorgängige Deprivationserfahrungen liegen, wie bereits angesprochen, sowohl in der angelsächsischen wie auch in der kontinental-europäischen Welt bei

der sozialen Vernachlässigung viele Millionen arbeitslose Menschen in Europa und viele arbeitende Arme in den USA nicht inkludiert werden, wenn relevante Mehrheiten der Bevölkerung sozial absteigen oder den Abstieg fürchten, dann ist es nicht verwunderlich, dass sich diese Menschen von der sich modernisierenden, pluralisierenden und globalisierenden Welt oder sogar von einer friedlichen, aber für sie persönlich undurchschaubaren Europäischen Union bedroht fühlen. Wenn viele Menschen in einer Demokratie wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklungsprozesse nicht für sich selbst als nützlich erfahren, sondern den Eindruck haben, dass immer „andere“ profitieren, ist es nur folgerichtig, dass es für Populisten, Nationalisten und Rassisten Mehrheiten gibt. Denn denjenigen Menschen, die Ängste haben oder Entbehrungen erleiden, sind zu jeder historischen Phase universale Werte nicht so viel wert wie kurzfristige Versprechungen auf ein besseres persönliches Leben und auf die Gewinnung von Privilegien. Vor allem wenn relevante Mehrheiten unterhalb einer bestimmten Einkommens- und Wohlstandsgrenze leben müssen, sie aber im selben Land und im direkten Vergleich Wohlstand und Ungleichheit erleben, so hat dies nicht nur in historischen Zeiten systembedrohliche Auswirkungen. Die empirische Ungleichheitsforschung belegt diese psychologischen Zusammenhänge in nationalen und sogar in internationalen Kontexten,<sup>26</sup> denn der Zufriedenheitsgrad der Menschen bemisst sich nicht unerheblich im direkten Vergleich mit Bessergestellten der eigenen Gesellschaft. Diese sozialpsychologischen Zusammenhänge sollte demokratische Politik bedenken, selbst wenn sie nicht direkt das Soziale zum Programm hat.

## 6. Ethische Kriterien für kosmopolitische Offenheit

Die politische Herausforderung der Offenheit, der Liberalität und der kosmopolitischen Ausrichtung ist in Zeiten der Globalisierung auch für die westliche Welt schwierig geworden; denn es gibt auch heute globale Dilemmata und Ungleichzeitigkeiten, die auftreten und das langfristige Friedensprojekt einer zusammenwachsenden Menschheit verblassen lassen. Kurze Wahlzyklen konterkarieren nicht selten eine langfristige Lösung, weil Letztere vorübergehende soziale und wirtschaftliche Einschnitte mit sich führt, deren Sinn die Menschen nicht sehen. Weder ökologische Nachhaltigkeit noch globale Arbeitsteilung lassen sich mit ihren einschneidenden Kehrseiten leicht erklären (Strukturwandel in ganzen Industriebereichen, Arbeitsplatzverluste und Notwendigkeit von Umschulungen ...). Es bleibt jedoch keine Alternative zur politischen Aufklärung und Bildung aller Menschen in modernen Demokratien. Die in westlicher Politik gängige

Option, Menschen mit unerklärten sozialen Härten oder sie überwältigender Überfremdung alleine zu lassen, führt zu systembedrohlicher Politikverdrossenheit und Radikalopposition. Wenn Menschen einsehen, dass arbeitsteilige, hochdifferenzierte Industrien und Dienstleistungen bereits aufgrund alternder und schrumpfender westlicher Gesellschaften qualifizierte Migranten und integrationsfähige Asylanten dauerhaft dringend brauchen, werden sie diese willkommen heißen. Politik und Wirtschaft müssen pädagogisch wirksam erklärt werden, ebenso wie Humanität in ihrer Rationalität plausibel gemacht werden muss, weil sie langfristig im Interesse aller steht – auch für die im Moment privilegierte westliche Welt.

Außerdem braucht die globale und kosmopolitische Transformation ehemals abgeschlossener Ethnien, Völker und Nationalstaaten eine Zeit der Akzeptanz bei der Bevölkerung. *Globalisierung darf nur so schnell gehen, wie die Menschen sich selbst mental der Welt öffnen können.* Prozesse der Pluralisierung von freiheitlichen Gesellschaften können politisch nur insoweit und in der Geschwindigkeit politisch zugelassen werden, wie die Menschen in ihrem Bewusstsein folgen können und wie sie selbst an diesen Veränderungsprozessen in positiver Hinsicht partizipieren. Andernfalls führt eine Politik offener Grenzen sowohl in ökonomischer wie auch in migrationspolitischer Hinsicht rechtsradikalen Parteien ungeahnte Mehrheiten zu und lässt demokratische Gesellschaften bedrohlich wanken. Liberale Offenheit braucht Zeit und gelingt nur in moderater Geschwindigkeit für diejenigen, die vermeintlich ihre Privilegien teilen müssen. Die Einsicht, dass sowohl die Weltwirtschaft als auch das Zusammenrücken und die friedliche Mischung der menschlichen Kulturen kein Nullsummenspiel sind, sondern eine kulturelle Bereicherung für beide Seiten, muss erst wachsen. Für die hierzu notwendige bedachte Temperierung, Aufklärung, Inklusion und Gleichberechtigung von Gesellschaftsgruppen, Ethnien, Religionen, Geschlechtern und Altersgruppen in demokratischen Gesellschaften zu sorgen, bleibt die größte politische und gesellschaftliche Aufgabe der Gegenwart. Hierzu helfen mehr als jegliche theoretische Kalkulation und Erörterung die konkreten Begegnungen von Mensch zu Mensch, wo der andere und die anderen als menschlich und bedürftig erfahren werden. In der ethischen Theorie gibt es keine Alternative zur moralischen Gleichheit aller Menschen, Ethnien und Völker. In der westlichen Welt wurden die Menschenrechte und die universale und personale Moraltradition des Christentums in die politischen Strukturen rechtsstaatlicher Demokratien und Sozialstaaten weitgehend aufgenommen. Die Achtsamkeit, mit der moderne westliche Staaten im 21. Jahrhundert mit ihrer Gesellschaft, vermittelt durch rechtsstaatliche Institutionen, umgehen, ist historisch ohne Vergleiche positiv. Ein weiteres ethisches Problem ist die systemische Vermischung von politischer und wirtschaftlicher Ebene. Vor allem darf die



liche Interessenmaximierung einer eigentlich zur politischen Kontrolle gedachten exekutiven Instanz ausgehebelt werden. Rechtliche und staatliche Kontrollmechanismen für Wettbewerb haben nicht nur die Freiburger Schule und die Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft, sondern bereits Adam Smith als unabdingbare Voraussetzung der Marktwirtschaft gefordert.<sup>27</sup>

Hierbei ist von der Theorie her zusätzlich zu bedenken, dass auch globale Marktwirtschaft nur stabil sein wird, wenn Deregulierung und Gewinnstreben an realwirtschaftliche Zusammenhänge rückgebunden bleiben und wenn die globale Wirtschaft mit ihrer indirekten Gemeinwohlausrichtung politisch und rechtlich durch die „Gewaltenteilung“ mit Rechtsstaaten in Balance gehalten wird dadurch, dass der prinzipiell freien Unternehmerschaft die Grenzen und Regeln eines fairen Wettbewerbs rechtlich vorgegeben werden. Ein Zusammenbruch der Weltwirtschaft ist aufgrund oligopolistischer wirtschaftlicher Konzentrationen, einer Deregulierung von Kapitalmärkten und einer gleichzeitigen mangelnden politischen Kontrolle von Real- und Finanzwirtschaft, wie im Jahr 2008 fast geschehen, immer möglich und umso wahrscheinlicher, je weniger Institutionen den globalen Wettbewerb zu Fairness zwingen und den Rahmen für betriebswirtschaftliche Marktaktionen setzen. Das Gegenteil, nämlich stärkere Regulierung von Globalisierung, wäre angesagt, um die soziale volkswirtschaftliche Wirkung marktwirtschaftlich konkurrierender Interaktionen zu garantieren, damit Marktversagen nicht die bislang schon am meisten Benachteiligten auch am meisten trifft. Dies ist die eigentliche Gefahr eines angelsächsisch libertären Kapitalismus mit nationalistischer Ausrichtung (ruinöser Steuerwettbewerb nach unten, Protektionismen, Marktabschottung bei einer gleichzeitig aggressiven politischen Marktinteraktion nach außen hin ...), der nichts mit der Idee einer „Globalen Sozialen Marktwirtschaft“<sup>28</sup> zu tun hat.

## 7. Schlussfolgerungen

Eine Wiederholung der Geschichte zu vermeiden, dazu mahnt die Katastrophe der von der westlichen Welt, insbesondere von Deutschland, ausgehenden Weltkriege mehr als genug. Re-Nationalisierung, Volksverhetzung und kollektive Aggression gegen vermeintlich fremde ethnische und religiöse Gruppen darf sich auch in anderen Teilen der Welt selbst in Ansätzen nicht wiederholen, ebenso wenig wie eine bewusste Missachtung von Daten, Fakten, empirischen Ergebnissen und wissenschaftlichen Aussagen

<sup>27</sup> Jakob Viner hat sich bereits in einer wissenschaftlichen Veröffentlichung von 1928 die Mühe gemacht, alle (27) unverzichtbaren Aufgaben staatlicher Regulierung aus Smiths Buch „The Wealth of Nations“ von 1776 herauszusuchen, in denen sehr deutlich wird, dass Smith alles andere als eine *laissez-faire*-Wirtschaft für sinnvoll hielt, sondern vielmehr die staatliche Regulierung freier Märkte ebenso wie das Zur-Verfügung-Stellen meritokratischer und öffentlicher Güter für unverzichtbar hielt. Vgl. dazu <http://www.viner.org/>

in Politik und Netzwelt. Die Selbstbindung an eine auf Wahrheit ausgerichtete Kommunikation, ohne bewusste Täuschung, ist nicht erst seit Jürgen Habermas eine unbedingte Voraussetzung für den verständigungsorientierten Diskurs innerhalb und zwischen Gesellschaften. Alles andere käme einer Abwendung der westlichen Welt vom Projekt der Aufklärung mit ihrer Ausrichtung an Vernunft bzw. Rationalität ebenso wie einer grundsätzlichen Abwendung vom christlichen Erbe Europas gleich, welches in seiner Ethik die Ausrichtung auf Universalität und Humanität zur nicht hintergehbaren Norm gemacht hat.

Wähler und Politiker sollten das historische Faktum nicht vergessen, dass in rechtsstaatlichen Demokratien Hasspredigten und Radikalisierungen nur kurzfristig zum Erfolg führen und eine ideologische Ausrichtung von Staaten nur sehr bedingt langfristig überlebt. Demokratische Kräfte haben dann langfristige Erfolge, wenn sie nicht die Destruktion des Staates vorantreiben, sondern sich an der je größeren Humanisierung von staatlichen Institutionen konzentriert beteiligen. Denn der primäre Sitz der Gerechtigkeit sind nicht nur kluge politische Einzelhandlungen, sondern die systemische Garantie, die durch Institutionen rechtsstaatlicher Demokratien sowie deren transnationale Zusammenschlüsse den Menschen gegeben wird.<sup>29</sup> Dies darf allerdings nie nur nach innen gerichtet sein. Wenn beispielsweise ein amerikanischer Präsident 2017 Entwicklungshilfegelder und Zuschüsse zu internationalen Organisationen kürzt, so widerspricht dies zutiefst der universalen Gerechtigkeitsmoral, von der auch die staatliche Politik westlicher Demokratien geleitet sein sollte.<sup>30</sup> Die wichtigsten Weltprobleme wie Klimawandel, Not, Armut, Krieg und Terror sind nämlich so groß, dass sie sich nur durch gleichrangige, internationale Zusammenarbeit und Respekt vor der Würde der jeweils anderen bewältigen lassen – insbesondere durch die institutionellen Akteure, die dazu in der Lage sind, diese Weltverantwortung zu übernehmen.

Prädestiniert für die ethische Führungsrolle in der westlichen Welt bleibt beim Ausfall der beiden großen angelsächsischen Akteure die Europäische Union. So geschwächt sie durch politische Anfeindungen von rechts und durch ihre strukturelle Pluralität derzeit ist, so gestärkt ist sie durch die Anfeindungen von außen. Der europäische Ratspräsident Donald Tusk hat den prägnanten Satz Äsops und des Neuen Testaments (Mt 12,25, Lk 11,17) angesichts des Brexitprozesses reformuliert: „United we stand, divided we fall.“<sup>31</sup> Diese – eigentlich in der angelsächsischen Welt verbreitete – Phrase ist so treffend, klug und wahr, dass sie die ethische Leitlinie einer europäi-

<sup>29</sup> Vgl. John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M., 1975, 19: „Gerechtigkeit ist die erste Tugend sozialer Institutionen.“

<sup>30</sup> Vgl. Elke Mack, Eine Christliche Theorie der Gerechtigkeit, Baden-Baden 2015, 114–163.

<sup>31</sup> Brief des Ratspräsidenten Donald Tusk an die 27 EU-Staats- und Regierungschefs am 21.1.2017 (<http://www.consilium.europa.eu/media/146744/main/attachment/data/file/146744>)

schen Verfassung werden könnte und sollte. Tusk ruft damit *die eigentliche europäische Idee des Zusammenhalts in Pluralismus und der Verbundenheit in Verschiedenheit* in Erinnerung, die nun, im 21. Jahrhundert, zu einer Überlebensfrage der Union geworden ist. Dies ist ein politisches Plädoyer, nicht nur für die Konsenssuche in der gegenwärtigen politischen Situation, sondern generell für die föderal strukturierte Überwindung einer noch nationalstaatlich geprägten Europäischen Union, hin zur Vision der Vereinigten Staaten von Europa.

Man sollte sich bewusst machen, dass die Europäische Union das einzige funktionierende supranationale Demokratieprojekt der Welt ist, ebenso wie der EU-Binnenmarkt der größte zusammenhängende Wirtschaftsraum der Welt ist, was es ermöglicht, dass in einer Gesamtbetrachtung ein in der Welt einzigartiger Wohlstand in Sicherheit, kombiniert mit Freiheit und Rechtssicherheit für EU-Bürgerinnen und -Bürger geboten werden.<sup>32</sup> Jürgen Habermas konstatiert sogar in soziologischer Hinsicht: Die EU lässt sich als entscheidender Schritt „zu einer politisch verfassten Weltgesellschaft“<sup>33</sup> begreifen. Denn nirgends gibt es so hohe Rechtsstandards für Individuen und Unternehmen, sowohl national wie europaweit – selbst wenn die nationalen Rechtsstandards innerhalb Europas und auch das individuelle Wohlstandsniveau noch stark divergieren und sich erst allmählich aneinander angleichen werden.

Die Freizügigkeit führt, vor allem bei den Eliten, den Medien, aber auch in der jungen Generation der Europäerinnen und Europäer zu einer *europäischen Zivilgesellschaft mit vergleichbaren Kultur- und Moralstandards*. Die Wertschätzung für individuelle Freiheit, für die Gleichheit der Würde aller Menschen, für ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben aller, für Rechtsschutz vor und durch das Gesetz, für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit auch über staatliche Grenzen hinaus, für globale ökologische Nachhaltigkeit und Klimaschutz, für Minderheitenschutz und Konsumentenschutz – all dies ist nicht nur ein Teil des formellen *acquis communautaire* oder die Folge des ethischen Rechtsbewusstseins einer *Charta der Grundrechte der Europäischen Union*<sup>34</sup> von 2009. Vielmehr sind diese universalen Werte, Güter und Prinzipien *der Querschnitt einer zivilen Moral*, die die Europäer mittlerweile mehrheitlich teilen.

Allerdings stehen Europa und die westliche Welt trotz dieser weltanschaulichen Gemeinsamkeiten an einem historischen Scheidepunkt, da diese *zivile Moral der kosmopolitischen Offenheit, Humanität, Toleranz und Solidarität* eben

<sup>32</sup> Allerdings ist die Verteilungsungleichheit im Wohlstand zwischen den Staaten Europas ein großes Gerechtigkeitsproblem, das sich nur in langzeitigen Annäherungsprozessen, die derzeit stattfinden, und subsidiär durch ein europäisches Sozialmodell lösen lässt.

<sup>33</sup> Jürgen Habermas, *Zur Verfassung Europas*. Ein Essay, Frankfurt/M., 2011, 83.

noch nicht der unbestrittene Konsens unter uns Europäerinnen und Europäern ist – vor allem nicht bei den Staats- und Regierungschefs des Europäischen Rates und vor allem nicht in ost- und südeuropäischen Demokratien. Vielmehr hat erst eine knappe Mehrheit unter den Unionsbürgerinnen und -bürgern eine derartige zivile Rechtsmoral internalisiert. Viele fragen sich deshalb immer noch zu Recht: Kommt es angesichts der Gespaltenheit der Wahlbürger in Europa zu einer Einschrumpfung auf einen Staatenbund mit ökonomischer Blickverengung vor dem Hintergrund der politischen Zweckmäßigkeit? Oder kommt es mittelfristig zu einer supranationalen Erweiterung oder Vertiefung mittels einer europäischen Verfassung und langfristig dann zu einem föderalen europäischen Bundesstaat mit europäischen Bürgern und einem europäischen Staatsvolk, das sich subsidiär in kulturverschiedenen Ländern und Regionen souverän und autonom organisiert? Es ist keine offene Frage, dass Letzteres die prädestinierte Variante einer Christlichen Sozialethik im Sinne von Frieden und Freiheit auf einem ehemals christlich geprägten Kontinent sein muss.

Die Antwort auf diese Frage scheint sich gegenwärtig daran zu entscheiden, ob es einen glaubwürdigen und humanen Ausweg aus folgendem ethischen Dilemma gibt: dass die Europäer bei allem Humanitätsanspruch, der ihnen eigen ist, die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme der Menschheit nicht auf ihrem eigenen europäischen Boden durch offene Grenzen, ungehinderte Migration und Wohlstandspartizipation des Restes der Welt lösen können. Einerseits kann und darf die vorhandene *Knappheitsrestriktion von Sozialstaaten* nicht zu einer Abschottung gegenüber notleidenden, asylberechtigten Flüchtlingen führen und in die Trennung des Westens vom Rest der Welt münden, soll das westliche Ideal der Universalität glaubwürdig überleben können. Andererseits müssen wir uns eingestehen, dass unser Humanitätsanspruch und auch die Universalität unserer Werte nicht zu einem Moralimperialismus führen können, auch weil beide nur begrenzte Verantwortlichkeiten je nach Fähigkeit und Möglichkeiten nach sich ziehen; denn auch im Bereich der Sozialethik und institutionellen politischen Ethik gilt: „*ultra posse nemo obligatur*“.

Ein Lösungsansatz, der noch unausgereift und höchst komplex ist, wäre denkbar: die Flucht nach vorne. Die Blaupause der Zeitgeschichte besteht darin, dass es ein Motiv für ein konzertiertes Engagement des reichen Westens gibt, allen voran westlicher und vor allem europäischer Unternehmen, in den am wenigsten entwickelten Staaten Afrikas zu investieren und deren politischen Aufbau voranzutreiben. Dies würde es ermöglichen, dass auch für die am meisten Benachteiligten Win-Win-Situationen im Rahmen der Globalisierung freigesetzt werden und die Hoffnung real wird, dass die Ärmsten in ausreichendem Maße analoge Wohlstandsprozesse durchlaufen können wie es große Teile der westlichen Welt und nun auch die

das westliche, privilegierte Lebensmodell in Wohlstand und Überfluss zwar nicht nachhaltig, sodass die nicht-westliche Welt dies nicht einfach eins zu eins übernehmen kann. Dennoch kann aus ethischen Gründen niemandem verwehrt werden, durch eigene Mitarbeit im eigenen Land an Frieden und Wohlstand zu partizipieren. Globalisierung heißt immer auch globale Inklusion und Wechselseitigkeit, wenn Erstere nicht nur wirtschaftlich, sondern menschlich gelingen soll. Europa hat die Wahl, ob die bislang weniger privilegierte Welt ihren Anteil am globalen Reichtum hier in unserem Kontinent sucht oder in ihrer eigenen Heimat – durch den Aufbau ihrer Gesellschaften, Ökonomien und Rechtsstaaten und durch den gleichberechtigten Austausch mit Europa.

Demokratische westliche Staaten, die meinen, sich isolieren zu können, werden die großen globalen Probleme in ihrem eigenen Land einholen. Zudem ist für Menschen nichts überzeugender als eine authentische Ausrichtung demokratischer Politik an positiven, universalen Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und an Humanität für alle Menschen, deren Nutzen und Sinn jeder Einzelne und jede Einzelne für sich selbst erkennen kann. Der Westen und Europa können nur dann in ihrem eigenen Selbstverständnis glaubhaft bleiben, wenn sie die sie prägenden universalen Normen nicht nur auf sich selbst anwenden, sondern dem Rest der Welt, insbesondere den Armen und Flüchtenden, die gleiche Würde zugestehen wie sich selbst.<sup>35</sup>

Hilfreich hierzu wäre zu erkennen, dass die am meisten Benachteiligten dieser Welt Europa und den Westen nicht bedrohen, sondern in der eigenen moralischen Identität bestärken, wenn man sich kosmopolitisch fair und auf gleicher Augenhöhe aufeinander ausrichtet. Dies bedeutet, dass die Europäer und Europäerinnen sich angesichts ihrer christlichen Wurzeln und der Menschenrechtstradition der Aufklärung im Namen der allgemeinen Menschenwürde solidarisch zeigen, soweit sie können, aber keineswegs alle Grenzen öffnen müssen. Denn nicht die Maximierung der eigenen Interessen hält den Westen und Europa zusammen, sondern die langfristige Überzeugungskraft freiheitlicher, universalen und humaner Werte, insofern sie ohne eigene Selbstaufgabe umsetzbar sind. Die *Idee der Humanität* aller und die Annahme der Würde aller Menschen macht nach innen wie nach außen hin die eigentliche europäische Identität aus.

<sup>35</sup> Vgl. die Botschaft von Papst Franziskus zum 104. Welttag des Migranten und Flüchtlinge 2018 (ab-

## Buchbesprechung

### Pastoraltheologie

Hans Joas, *Kirche und*  
München: Kösel 2016  
ISBN 978-3-466-37175-4

Angenehm pointiert nimmt  
diesem Band Stellung  
problem des Christentums  
chen innerhalb der C  
Denn zweifellos suchen  
ihres monopolistischen  
Binärcodes für individuelle  
schaftliche Sinndeutungen  
neuen, ihnen angenehmen  
gleich bedeutsamen Re  
zeigen, warum allerdings  
sierung oder Politisierung  
Botschaft und der Aufgabe  
Kirchen [...] nicht als Antwort  
wort auf die Herausforderung  
Gegenwart erscheint“ (S. 10)  
Kirchen stattdessen aus der  
stimmung aus der Zeit  
Konzilien zurück und weg  
,notae ecclesiae‘ her erneuert  
*sancta catholica et apostolica*  
schreitung aller kulturellen  
len Partikularismen, ohne  
tung eines rationalen Umgangs  
gehen“ (25). Dazu beschreiben  
doppelten Weg: Einmal  
früheren Aufstellungen  
des Glaubens fort, zugleich  
Lanze für die soziale bzw.  
und damit unabhängig vom  
Glaubens. Bei Letzterem  
konfessionsspezifische C  
lisch ein autoritäres und  
tralistisches Kirchenver  
tantischerseits – nach E  
eher die Reduktion des  
einen Kultverein. Joas re